

Ökoeffizienz – effizient für wen?

Kolumbianische MüllsammlerInnen haben unerwartete Mitbewerber bei der Abfallentsorgung

Seit sich die Entsorgung von Müll zu einem Geschäft entwickelt hat, tauchen in Kolumbien immer mehr professionelle Unternehmen auf, um diesen Bereich zu erschließen. KleinhändlerInnen, die bereits seit Jahrzehnten vom Müllhandel leben, werden verdrängt, auch mit Hilfe von Verwaltungsentscheidungen. Umweltschutz ist dabei ein beliebtes politisches Instrument, um die Absichten der Geschäftemacher zu verschleiern. Mittlerweile ist in Kolumbien ein juristischer Konflikt entbrannt. Die MüllsammlerInnen, genannt *recicladores*, pochen auf ihre Rechte, doch ihre Kontrahenten sind niemand Geringeres als die Söhne von Kolumbiens Präsident Álvaro Uribe.

VON JUANITA LEÓN

Der ungleiche Wettbewerb um das Geschäft mit dem Recycling hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Nach einer Verfassungsbeschwerde der *recicladores* setzte der Oberste Gerichtshof Kolumbiens die Ausschreibung der Müllentsorgung in Cali außer Kraft, da die Situation der MüllsammlerInnen nicht genügend berücksichtigt worden war. An der Auseinandersetzung, die bereits einige Jahre andauert und in den großen Städten des Landes ausgetragen wird, sind zwei Parteien beteiligt, die unterschiedlicher nicht sein könnten: auf der einen Seite die mehr als 70 000 Familien der *recicladores*, die täglich fürs Sammeln, Trennen und Verkaufen des Mülls, den sie auf der Straße finden, zwischen 2000 und 20 000 Pesos (80 Cent bis 8 Euro) verdienen. Auf der anderen Seite eine Gruppe von hoch technologisierten Unternehmen, die seit fünf Jahren die Lizenzvergabe in den großen Städten für sich entscheiden. Zu ihnen gesellt sich ein neuer und mächtiger Spieler: die Söhne des Präsidenten Uribe.

Seitdem das Unternehmen *Residuos Ecoeficiencia* von Tomás und Jerónimo Uribe mitmischt, befindet sich das Recyclinggeschäft im Umbruch. Immer mehr Industriezweige überlassen den Uribes die komplette Abfallverwertung.

Ecoeficiencia wurde gegründet, als Jerónimo und Tomás noch an der Universität waren, aber es hat bereits mehr als 200 Angestellte. Unter den Kunden befinden sich große Unternehmen aus den Freihandelszonen, wie z.B. Coca-Cola und Bavaria, die zuvor ihre Abfälle an die MüllsammlerInnen weitergaben, nun jedoch lieber *Ecoeficiencia* die Gesamtverwertung ihres Mülls übertragen: Müllrecycling, Abwasserentsorgung etc.

„Fünf Jahre lange sammelten die *recicladores* den Müll in den Freihandelszonen und innerhalb eines Monats übernimmt ein Unternehmen das ganze Geschäft und schickt die 40 ArbeiterInnen nach Hause. So haben wir die Firma der Präsidentensöhne sehr direkt kennen gelernt“, erzählt Nora Padilla, Vorsitzende des Verbandes der *recicladores* von Bogotá.

Padilla ist Müllsammlerin, seit sie sieben Jahre alt ist, wie auch zuvor ihre Mutter und ihre Großmutter. Aber sie sieht sich vor allem als Unternehmerin. Und als Unternehmerin diskutiert sie von Angesicht zu Angesicht mit Tomás Uribe, den sie als unaufrichtigen Gesprächspartner sieht: „Tomás sagte uns, dass sie uns nicht schaden möchten, dass sie uns in das Geschäft miteinbeziehen wollen. Ich schlug ihm also vor, mit der Genossenschaft der MüllsammlerInnen

darüber zu verhandeln, wie die Abfälle der Freihandelszonen entsorgt werden könnten. Er sagte, er werde darüber nachdenken.“ Doch dann kam zunächst keine Ansage mehr von seiner Seite. In Cali befinden sich die *recicladores* in einer vergleichbaren Situation. Die größten Unternehmen der Stadt, inklusive der technisch-chemischen, geben ihre Abfälle an *Ecoeficiencia*. „Da die Söhne des Präsidenten großen Einfluss haben, halten die Unternehmen ihre Materialien zurück, um sie dann komplett an sie zu verkaufen“, berichtet Espólito Murillo Aguirre, nationaler Beauftragter der MüllsammlerInnen aus dem Departement Valle del Cauca. „Wir haben viele Nachteile, denn sie haben alles Geld der Welt und können ihre Dienste billiger anbieten.“ Für die Unternehmen ist es bequemer und sicherer, einer einzigen Firma mit einer uniformierten Mannschaft, mit Waagen und Gabelstaplern den ganzen Vorgang der Müllverwertung zu überlassen, statt nur einen Teil des Mülls den *recicladores* zu verkaufen und auf dem Rest sitzen zu bleiben. Darüber hinaus haben die Unternehmen durch dieses Geschäft eine direkte Verbindung zu den Söhnen des Präsidenten – umso besser! „Stellen Sie sich vor, jemand würde dem Sohn des Präsidenten den Müll verweigern“, bemerkt Nora Padilla.

Der Frust der MüllsammlerInnen über diese Situation sitzt tief. Hinzu kommt, dass in den letzten Jahren viele Gesetze erlassen worden sind, die sie aus dem Geschäft mit den wiederverwertbaren Materialien verdrängen – und das genau zu dem Zeitpunkt, als das ökonomische Potenzial des Mülls entdeckt wird.

Der erste Schlag war die Privatisierung der Müllverwertung 1994. Per Gesetz wurde festgelegt, dass die Vergabe nur an Unternehmen erfolgt, die Aktiengesellschaften sind, eine solide Finanzbasis haben und bereits über Erfahrung in großen Städten verfügen. Die Kooperativen der *recicladores*, die für die Müllsammlung in Chiquinquirá, La Plata, La Virginia und einigen Stadtteilen von Bogotá zuständig waren, gingen leer aus. Dann kam die Entscheidung, die Müllhalden in moderne Deponien zu verwandeln, eine Maßnahme, die aus ökologischer Sicht notwendig ist, die *recicladores* jedoch nicht in die Situation mit einbezieht, da durch die neue, sichere Lagerung die Sammlung des Mülls unmöglich wird. Medellín fing damit an; Bogotá und weitere Städte wie Barranquilla und Neiva folgten dem Beispiel. Schließlich wurde am 18. September 2009 ein Gesetz verabschiedet, das es verbietet, Mülltüten von den Straßen aufzusammeln und Müll in ungeeigneten Fahrzeugen zu transportieren; außerdem darf Müll nur noch in speziellen Lagern aufbewahrt werden. „Die *recicladores* können praktisch weder Müll sammeln noch transportieren noch lagern“, sagt Padilla. „Wir haben den Müll schon entsorgt, als man damit nur wenig Geld verdienen konnte, doch jetzt, wo es zum Geschäft wird, nehmen sie ihn uns weg.“

Nachdem die Müllhalde in Navarro geschlossen worden war und die *recicladores* in den Ausschreibungen zur Müllentsorgung von Cali nicht berücksichtigt wurden, reichten sie im April 2009 Verfassungsbeschwerde ein. Das Gericht entschied zu ihren Gunsten und setzte die Ausschreibung außer Kraft. Von der geschlossenen Müllhalde waren mehr als 620 Familien abhängig. Täglich wurden über 1800 Tonnen Müll nur wenige Kilometer vom Cauca-Fluss entfernt abgelagert, der einen großen Teil der Stadt mit Wasser versorgt. Abgelöst wurde die Müllhalde von Navarro durch die Deponie von Yotoco. Die Verwaltung des Mülls in Yotoco sollte die Firma *Interaseo* des Unternehmers William Vélez aus Antioquia durchführen und somit hätten die *recicladores* keinen Zutritt mehr zu der Müllhalde gehabt.

Schon 1999 hatte die lokale Umweltbehörde im Departement Valle del Cauca angeordnet, die alte Müllhalde aufgrund des Gesundheitsrisikos für die BewohnerInnen Calis zu schließen. Doch obwohl zur Vorbereitung mehr als zehn Jahre zur Verfügung standen und das Verfassungsgericht sowie der Plan zur integrierten Abfallwirtschaft (*Plan de Gestión Integral de Residuos Sólidos – PGIRS*) anordneten, die *recicladores* in die Müllverwertung von Cali mit einzubeziehen, wurde

die Müllhalde von Navarro im Jahr 2008 schließlich von einem Tag auf den anderen geschlossen. Die Familien, die über 30 Jahre lang von der Trennung des Mülls gelebt hatten, wurden auf der Halde zurückgelassen.

Die Stiftung *Civisoli*, die gegen juristische und kulturelle Normen vorgeht, die gesellschaftlichen Ausschluss produzieren, schaltete sich zur Verteidigung der MüllsammlerInnen ein. So wandte sie sich an das Verfassungsgericht und stellte das angebliche Interesse, das diesen Rechtsnormen zu Grunde liegen soll – nämlich die Umwelt zu schützen –, in Frage. „Das Land hat nicht einmal eine ernsthafte Politik zur Trennung von recyclebarem und nicht recyclebarem Abfall“, so Adriana Ruiz, Gründerin von *Civisoli*. Auch den MüllsammlerInnen von Bogotá hat sie geholfen, als sie Verfassungsbeschwerde gegen die Ausschreibung zur Müllentsorgung von 2003 einreichten. Das Gericht prüfte die Beschwerde, als die Ausschreibung bereits durchgeführt worden war, und ordnete an, bei zukünftigen Vergaben Maßnahmen für die MüllsammlerInnen zu treffen und sie in den Handel mit einzubeziehen. Da diese Entscheidung im Vergabeverfahren von Cali nicht respektiert wurde, annullierte das Gericht nun also die Ausschreibung. Die Ausschreibung richtete sich auch gegen den Willen des Bürgermeisters von Cali. „Der Bürgermeister erklärte, dass die abrupte Schließung einen Plan zur sozialen und ökologischen Handhabung erfordert“, so Jesús Darío González, verantwortlicher Direktor der Umweltbehörde *Dagma*. Diesen Plan hat es nie gegeben und nun hatte das Gericht das letzte Wort.

„Wir fordern das Recht ein, unsere Unternehmen betreiben zu können“, beharrt Nora Padilla.

„Die Schmerzgrenze der Leute ist erreicht, weil sie sich anstrengen und anstrengen, aber niemand diese Anstrengungen würdigt. Mir soll jemand mal rational erklären, dass ich kein Recht habe zu essen, aber dieser Herr das Recht hat, drei Jachten zu besitzen.“